
Editorial

Dr. Bernd Wagner & Claudia Dantschke

Nach der Gründung des Zentrums Demokratische Kultur im Jahr 1997 wurde schnell sichtbar, dass der damals im Mittelpunkt stehende Rechtsradikalismus sehr deutlich mit Migrationsprozessen und der Rückkehr des Religiösen in die Gesellschaft verbunden war und das nicht nur in Bezug auf den Islam. Gleichwohl wurde sichtbar, dass spezielle politische Auslegungen dieser Religion mit den auf dem Grundgesetz basierten Freiheitsvorstellungen, zunehmend zu kollidieren begannen. Das war nicht nur eine Frage der theologischen Kontroverse. Sie erlangte vor allem im Alltag eine anwachsende Bedeutung über Konflikte, die eher profan erschienen, jedoch ideologisch oft recht hoch aufgeladen wurden. Zugleich wurden damit Konflikte sichtbar, die mit religiösem Bewusstsein verbrämt gentile Verständnisse von Leben offenbarten, die allgemein in Deutschland als überwunden eingebildet wurden. Schon während des Stellvertreterkrieges der Sowjetunion und der USA in Afghanistan in den 1980er Jahren nach der Invasion der Sowjets und des ersten Golfkrieges in den 1990er Jahren zeigten sich die Vorboten auf der großen politischen Bühne. In den 1990er Jahren setzte sich das Geschehen mit der Aktivität von Bin Laden und der von ihm geschaffenen jihadistischen Terrororganisation al Qaida fort, u. a. mit dem ersten Bombenanschlag auf das World Trade Center 1993. Einen vorläufigen Höhepunkt stellten die Anschläge vom 11.9.2001 dar, die einen ‚Krieg gegen den Terror‘ einleiteten, der heute noch immer tobt und der die politische Welt-Architektur völlig verändert hat. Das heute Islamismus genannte freiheitsfeindliche Phänomen religiösen Ausflusses wurde ein Massenphänomen, das den Islam als Religion veränderte. Unterscheidungen im Verhältnis zu menschenrechtlichen und freiheitlichen Lebenswerten, Recht und Politik in demokratischen Verfassungsstaaten wurden im gesellschaftlichen Alltagsbetrieb allerorts immer deutlicher erschwert. Ein Umstand, der heute manche Zuspitzung erfährt, neue gesellschaftliche Konfliktlinien eröffnet und es immer schwerer fallen lässt, Religion von Extremismus zu trennen. Ein derartiger Vorgang betrifft nicht nur den

Komplex Islam und Islamismus, sondern auch andere Ideologien und Religionen. Es ist heute ebenso schwer, demokratische Erzählungen von linksextremistischen zu unterscheiden oder auch christliche Militanz und Rechtsradikalismus strikt zu trennen. Das Problem aller der genannten Verquickungen und Lehren ist es, mit der Erkenntnis umzugehen, die der ehemalige kommunistische Politiker und Tito-Verfolgte Milovan Djilas so ausdrückte: „Die Tyrannei beginnt mit den letzten Wahrheiten über die Gesellschaft und den Menschen.“ So kann es nicht wundern, dass es heute einen nazistischen Buddhismus gibt, der für ethnische Verfolgungen in Myanmar steht und auch anderswo sein Unwesen treibt. Auch die Verbindung des Steinzeitkommunismus mit der ethnischen Formel der ‚Khmer‘ trieb tödliche Blüten, die fast ganz Kambodscha zu entvölkern drohte.

Die bösartigste Variante des Islamismus ist heute der politische Salafismus, der in der Moderne eine neue Chance der Blüte erfährt, mithin auch ihr Produkt ist, zumindest bezogen auf die allgemeinen und spezifischen Existenzbedingungen. Militante salafistische Gruppierungen, die sogenannten Jihadisten, weiten heute ihre Aktionszonen dort aus, wo politische und wirtschaftliche Schwäche, verrottete und diktatorische Staatlichkeit oder Anarchie herrschen. Das Streben nach einem neuen Kalifat erfasst alle Lebensbereiche. Europa und auch Deutschland sind ein Aktionsraum dieses Kulturkampfes geworden, der total und asymmetrisch bis zum Terror geführt wird und auch das subtile Element zu beherrschen weiß, was als kulturelle Subversion zu benennen ist. Trotz militärischer Kämpfe mit abstrakt überlegenen Mitteln ist der Zenit der salafistischen oder ähnlicher Bewegungen noch lange nicht erreicht. Eine der entscheidenden Stärken ist, neben militärischem Kampfeswillen, die Tötungs- und Opferbereitschaft der Kämpfer. Hinzu kommt die ideologisch-ästhetisch-kulturelle Anziehungskraft, die an verschiedenen ‚Modernisierungen‘ und ihrem Erleben als menschlich zurücksetzend und ausgrenzend aufsetzt, die etablierten gesellschaftlichen Verhältnissen entspringen. Es werden permanent feindbildlich aufgeladene Identitäten erzeugt und in Umlauf gebracht. In diesen Vorgängen setzt Radikalisierung von Personen und Gruppen aus allen Milieus und gesellschaftlichen Schichten ein, die Übernahme des Menschen durch extremistische Ideologie und ihre Verhaltensmuster erfolgt.

Das vorliegende Heft greift diese Prozesse auf, versucht analytische Ansätze und Sichtweisen aufzubereiten und in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Dabei kommt es nicht auf allgemeines Geschwätz und vielfältige Diskurse der Oberflächlichkeit und Ignoranz an, die in Politik und Verwaltung - selbst in der deutschen Hauptstadt - besonders verbreitet sind. Die Debatte erfolgt sinnvollerweise innerhalb des Islam durch junge Akteure, die ihren eigenen Werdegang und damit zugleich das Phänomen kritisch reflektieren und auch außerhalb

islamischer Communities. Deradikalisierung geht - für das gewollte gedeihliche und friedvolle Zusammenleben in Freiheit und Würde - alle an. Dabei geht es nicht um falsch verstandene Toleranz, was Weitblickende, wie der Großmufti des Libanon Sheikh Abdul Latif Derian, der uns 2015 in Berlin besuchte, anmerkte.

Das vorliegende Heft bringt innere Widersprüche im Islamismus zur Sprache, die sich im Zweifeln und im Engagement für einen richtigen Weg des Frieden ausdrücken, auch wenn Radikalität eine frühere Option des Weges war. Die Arbeit der Initiative HAYAT-Deutschland, die im Kern schon mit anderem Namen seit dem Jahr 2001 im Zentrum Demokratische Kultur besteht, ist genau in diesem Bereich tätig, hat Kontakte entwickelt und auch Vertrauen erzeugt. Die Werte der Initiative, an der Muslime und Nichtmuslime mitwirken, sind an die menschlichen Grundwerte und Persönlichkeitsrechte gebunden. Es geht um die Ausgestaltung eines lebenswirklichen und grundrechtlich getragenen Konsenses von Freiheit. Es geht nicht um einfache, tradierte Projektarbeit, die nicht selten von einer Excel-Manie ausgehend, der Politik verwertbare wohlfeile Eindrücke von politischer Geschäftigkeit bieten will.

Genau auf das Gegenteil, auf den professionell zivilisatorischen Ansatz, wiesen Barak Obama und John Kerry hin, als die Initiative HAYAT 2015 als Vorbild im Weißen Haus herausgestellt wurde.

Die Lektüre wird Sie sicherlich zu Kritik am Gelesenen anregen. Schreiben Sie uns dazu, denn das Gespräch ist dringend geboten.

Claudia Dantschke und Dr. Bernd Wagner

Zentrum Demokratische Kultur